

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Autorinnen	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX

TEIL I

Verfahrensrecht und Gutachtenerstattung

A. Das Gutachten im familiengerichtlichen Verfahren

I. Erfordernisse eines Gutachtens für die familiengerichtliche Entscheidung	1
II. Das familiengerichtliche Verfahren	5
1. Verfahrenseinleitung	5
a) Antragsverfahren	5
b) Amtsverfahren	6
c) Antrags- und Amtsverfahren	8
2. Verfahrensbeteiligte	9
3. Recht auf rechtliches Gehör	9
4. Amtsermittlungsgrundsatz	10
5. Verfahrensdauer	12
a) Vorrang- und Beschleunigungsgrundsatz	12
b) Beschleunigungsrüge und Beschleunigungsbeschwerde	14
6. Einstweilige Anordnung	17
7. Rechtsmittel	20
III. Auswahl des Sachverständigen	22
1. Eignung des Sachverständigen	22
a) Verfahren nach § 151 Nr. 1 bis 3 FamFG	23
b) Verfahren nach § 151 Nr. 6 bis 7 FamFG	25
c) Verfahren nach § 151 Nr. 4 bis 5 und 8 FamFG	25
2. Anhörung der Beteiligten vor der Auswahl des Sachverständigen	25
IV. Beweisbeschluss	28
1. Frei- und Strengbeweisverfahren	28

VII

2. Gutachtenauftrag	28
a) Gutachtenform	28
b) Gutachtenthema	29
c) Entscheidungsorientierte Gutachten	32
d) Lösungsorientierte Gutachten	33
e) Methodenkritische Stellungnahme	41
3. Fristsetzung	41
4. Einbeziehung von Beteiligten und Dritten in die Exploration	43
a) Eltern, Vormund und Ergänzungspfleger	47
b) Kind	49
c) Bezugspersonen des Kindes	53
d) Verfahrensbeistand	55
e) Jugendamt und Familienhilfe	55
f) Umgangspfleger und Umgangsbegleiter	57
g) Ärzte, Therapeuten und Beratungsstellen	58
5. Dolmetscher	60
6. Kostenvorschuss	60
7. Anfechtbarkeit des Beweisbeschlusses	61
V. Pflichten des Sachverständigen	63
1. Pflicht zur Gutachtenerstattung	63
2. Weitere Pflichten des Sachverständigen	63
3. Folgen bei Pflichtverstößen	65
a) Ordnungsgeld	65
b) Beschränkung und Wegfall des Vergütungsanspruchs	66
c) Kostenauflegung	67
d) Herausgabeanordnung	67
VI. Förderung und Überwachung der schriftlichen Begutachtung durch das Gericht	68
VII. Mündliche Erörterung des schriftlichen Sachverständigengutachtens	69
VIII. Besorgnis der Befangenheit des Sachverständigen	72
IX. Entpflichtung des Sachverständigen	77
X. Verwertung des Gutachtens	78
1. Verwertbarkeit und Verwertung des Gutachtens	78
2. Abweichen von den Empfehlungen des Sachverständigen	80
3. Ergänzungs-, Zweit-, Ober- und Privatgutachten	81

XI. Vergütung des Sachverständigen	84
1. Vergütungsanspruch dem Grunde und der Höhe nach	84
2. Fälligkeit des Vergütungsanspruchs und Vorschuss	89
3. Frist zur Geltendmachung des Vergütungsanspruchs	90
4. Beschränkung oder Wegfall des Vergütungsanspruchs	91
a) Beschränkung des Vergütungsanspruchs	91
b) Wegfall des Vergütungsanspruchs	93
5. Festsetzungsverfahren und Beschwerdemöglichkeiten	93
XII. Verfahrenswert	95

B. Erstattung des Gutachtens

I. Qualifikation des Sachverständigen	97
1. Basale Qualifikationsanforderungen	97
2. Weitere, häufig erforderliche Qualifikationen	99
3. In speziellen Fällen erforderliche besondere Qualifikationen	103
a) Mediation	103
b) Aussagepsychologische Begutachtung	104
c) Begutachtung im interkulturellen Kontext	106
4. Fort- und Weiterbildungswege zum psychologischen Sachverständigen im Familienrecht	106
II. Ablauf der Begutachtung und Durchführung der psychologischen Untersuchung	109
1. Auftragsannahme	109
2. Kontaktaufnahme zu den Beteiligten	110
3. Aktenanalyse, Aktenauszug	111
4. Ableitung der psychologischen Fragen aus den Fragen des Familiengerichts ...	113
5. Untersuchungsplanung	114
6. Explorationen und Testdurchführungen	116
a) Exploration mit Eltern	116
b) Testverfahren zur Anwendung bei Eltern	120
c) Exploration mit Kindern	122
d) Testverfahren zur Anwendung bei Kindern	127
7. Interaktionsbeobachtungen	133
8. Datenerhebung bei Dritten	140
9. Abschlussgespräche, Reflexionsgespräche	143

10. Vorgehen bei lösungsorientierten Gutachten bzw. Hinwirken auf Einvernehmen	144
III. Das schriftliche Gutachten	151
1. Formaler Rahmen	151
2. Darstellung der Ergebnisse der psychologischen Untersuchung	152
a) Aktenanalyse	152
b) Explorationen	152
c) Testverfahren	153
d) Interaktionsbeobachtungen	154
e) Drittinformationen	155
3. Befund	155
4. Beantwortung der Fragestellung des Familiengerichts	158
5. Literaturverzeichnis und Anhang	159
IV. Psychologische Konzepte und Operationalisierungen	160
1. Kindeswohl	160
2. Kindeswohlgefährdung	161
3. Erziehungsfähigkeit	165
4. Bindung	168
5. Kindeswille	176
V. Familiengerichtliche Begutachtung im interkulturellen Kontext	179
1. Ethnopsychologische Vorüberlegungen	179
2. Besondere Herausforderungen im Migrations- und Akkulturationsprozess	184
3. Besonderheiten bei der Durchführung der psychologischen Untersuchung	185
a) Dolmetschereinsatz	185
b) Kulturell bedingte Besonderheiten der Kommunikation	186
c) Einsatz von Testverfahren	186
d) Kulturell bedingte Besonderheiten bei Hausbesuchen und Interaktionsbeobachtungen	187

TEIL II

Einzelne Kindschaftssachen

Elterliche Sorge

A. Grundlagen zur elterlichen Sorge

I. Inhaber der elterlichen Sorge	193
II. Umfang der elterlichen Sorge	194
III. Maßstäbe kindschaftsrechtlicher Entscheidungen	196

B. Übertragung der elterlichen Sorge bei Getrenntleben der Eltern, § 1671 BGB

I. Rechtliche Grundlagen	199
1. Beibehaltung der gemeinsamen elterlichen Sorge nach Trennung und Scheidung	199
2. Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil zur alleinigen Ausübung	202
a) Einigkeit der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	202
b) Keine Einigkeit der gemeinsam sorgeberechtigten Eltern	203
c) Kein Regelungsbedürfnis aufgrund anderer Vorschriften	206
3. Übertragung der elterlichen Sorge auf den nicht mit der Mutter verheirateten Vater	208
4. Abgrenzung zur Übertragung der Entscheidungsbefugnis nach § 1628 Satz 1 BGB	209
5. Verfahrensbeendigung	210
II. Psychologische Fragestellungen	213
1. Allgemeine Kriterien	213
2. Kriterien auf Seiten der Eltern	214
a) Erzieherische Basiskompetenzen	214
b) Förderkompetenzen	214
c) Feinfühligkeit und emotionale Responsivität	214
d) Lenkung und Grenzsetzung	215
e) Bindungstoleranz	215
f) Kooperation auf der Elternebene	215

3. Kriterien auf Seiten des Kindes	218
a) Bindungen und Beziehungen des Kindes	218
b) Kontinuität	220
c) Wille des Kindes	221

C. Maßnahmen zur Abwendung der Kindeswohlgefährdung, §§ 1666, 1666a BGB

I. Rechtliche Grundlagen	223
1. Verfassungsrechtlicher Rahmen	223
2. Kindeswohlgefährdung	224
a) Definition des Begriffs „Kindeswohlgefährdung“ aus juristischer Sicht	224
b) Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung	225
c) Gegenwärtigkeit der Kindeswohlgefährdung	226
d) Keine Abhilfemöglichkeit bzw. -fähigkeit der Eltern	228
3. Gerichtliche Maßnahmen zur Abwendung der Kindeswohlgefährdung	228
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	229
a) Geeignetheit der Maßnahme	230
b) Erforderlichkeit der Maßnahme	232
c) Angemessenheit der Maßnahme	233
5. Verfahrensbeendigung	234
II. Psychologische Fragestellungen	236
1. Definition des Begriffs „Kindeswohlgefährdung“ aus psychologischer Sicht ...	236
2. Ressourcen und Einschränkungen der Erziehungskompetenzen der Eltern	237
3. Bereitschaft und Fähigkeit der Eltern zur Abwehr festgestellter Gefährdungen	240
4. Bindungsentwicklung des Kindes	242
5. Bewältigungsressourcen, Schutzfaktoren und Resilienz des Kindes	244
6. Sozial-emotionale und kognitive Entwicklung des Kindes, Entwicklungsauffälligkeiten und/oder manifeste Störungen	245

D. Entscheidungen über die Herausgabe bzw. den Verbleib von Pflegekindern, § 1632 BGB

I. Rechtliche Grundlagen	251
1. Pflegekindschaft	251
2. Herausgabeverlangen der Sorgeberechtigten, § 1632 Abs. 1 BGB	252

3. Verbleibensanordnung oder Rückführung, § 1632 Abs. 4 BGB	253
a) Maßstab für die Verbleibensanordnung bei angestrebter Rückführung in die Herkunftsfamilie	254
b) Maßstab für die Verbleibensanordnung bei beabsichtigtem Wechsel der Pflegefamilie	256
c) Pflegeverhältnis auf Dauer vs. zeitliche Befristung einer Verbleibensanordnung	257
4. Verfahrensbeendigung	259
II. Psychologische Fragestellungen	260
1. Prognosefaktoren gelingender Rückführungen	260
2. Ressourcen und Einschränkungen der Erziehungskompetenzen der Eltern	260
3. Bindungen des Kindes	262
4. Bewältigungsressourcen des Kindes	266
5. Wille des Kindes	267

Umgang

E. Grundlagen zum Umgangsrecht

I. Zweck von Umgangskontakten	271
II. Anwendbare Regelungen und Prüfungsmaßstäbe	271

F. Entscheidungen zum Umgang des Kindes mit seinen Eltern, § 1684 BGB

I. Rechtliche Grundlagen	273
1. Rechtsnatur des Umgangsrechts nach § 1684 BGB	273
2. Umgang des Kindes mit voneinander getrenntlebenden Eltern	274
3. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit seinen leiblichen Eltern	280
4. Umgangspflegschaft	282
5. Umgangsbeschränkung	284
6. Umgangausschluss	288
8. Verfahrensbeendigung	290
II. Psychologische Fragestellungen	295
1. Umgang des Kindes mit dem getrenntlebenden Elternteil	295
a) Ressourcen und Einschränkungen des betreuenden Elternteils	296
b) Ressourcen und Einschränkungen des umgangsbegehrenden Elternteils	300

c)	Konfliktdynamik, Kommunikation und Kooperation auf der Elternebene ...	303
d)	Bindungs- und Beziehungsbedürfnisse des Kindes	305
e)	Belastungen und Bewältigungsstrategien des Kindes	307
f)	Wille des Kindes	308
2.	Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den leiblichen Eltern	312
a)	Ressourcen und Einschränkungen der leiblichen Eltern	313
b)	Ressourcen und Einschränkungen der Pflegeeltern	314
c)	Beziehung zwischen den Herkunftseltern und den Pflegeeltern	315
d)	(Bindungs-)Bedürfnisse des Kindes	316
e)	Vorbelastung und Belastungsreaktionen des Kindes	319
f)	Wille des Kindes	321

G. Entscheidungen zum Umgang des Kindes mit seinen Großeltern, Geschwistern und Bezugspersonen, § 1685 BGB

I.	Rechtliche Grundlagen	325
1.	Rechtsnatur des Umgangsrechts nach § 1685 BGB	325
2.	Maßstab und Ausgestaltung der Umgangsregelung	326
3.	Umgangsbeschränkungen	328
4.	Verfahrensbeendigung	328
II.	Psychologische Fragestellungen	330

H. Entscheidungen zum Umgang des Kindes mit seinem leiblichen, nicht rechtlichen Vater, § 1686a BGB

I.	Rechtliche Grundlagen	333
1.	Entstehungsgeschichte des § 1686a BGB	333
2.	Rechtsnatur des Umgangsrechts nach § 1686a BGB	333
3.	Maßstab und Ausgestaltung der Umgangsregelung	335
4.	Umgangsbeschränkungen	339
5.	Verfahrensbeendigung	340
II.	Psychologische Fragestellungen	341

Wechselmodell

I. Gerichtliche Anordnung des Wechselmodells

I. Rechtliche Grundlagen	346
1. Höchststrichterliche Rechtsprechung zur Anordnung des Wechselmodells	346
2. Auswirkungen der Zuordnung zum Umgangs- bzw. Sorgerecht	349
3. Kritik an der bestehenden Rechtslage	350
4. Reformbedarf	351
II. Psychologische Fragestellungen	353
1. Paritätische Betreuung im Wechselmodell	353
2. Kriterien auf Seiten der Eltern	353
3. Kriterien auf Seiten des Kindes	356

Abänderung gerichtlicher Entscheidungen und gerichtlich gebilligter Vergleiche

J. Überprüfungs- und Abänderungsverfahren, § 1696 BGB, § 166 FamFG

I. Rechtliche Grundlagen	361
1. Aufhebung getroffener kindesschutzrechtlicher Maßnahmen	361
2. Überprüfung und Abänderung nach Absehen von Maßnahmen nach §§ 1666, 1666a BGB	362
3. Abänderung einer gerichtlichen Entscheidung oder eines gerichtlich gebilligten Vergleichs	363
II. Psychologische Fragestellungen	365

Anhang

Gesetzestexte	367
Literaturverzeichnis	387
Stichwortverzeichnis	403